

HERMANN SCHOPPE
Mitglied des Hessischen Landtags
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU-Fraktion

10. Februar 1992

Wirtschaftlich-technische Grundbildung an allen Schulen unverzichtbar

Die deutsche Bildungslandschaft ist in eine Schieflage geraten. Während die Zahl der Studenten an deutschen Hochschulen in den letzten 15 Jahren um rd. 75 % zugenommen hat und weiter im steigen begriffen ist, können immer weniger Ausbildungsplätze mit qualifizierten Bewerbern besetzt werden. Die Zahl der Studenten ist seit letztem Jahr höher als die der Lehrlinge, so dass fest damit zu rechnen ist, dass der Facharbeitermangel zu der Wachstumsbremse der 90er Jahre werden wird. Dieser gefährlichen Entwicklung muß rechtzeitig begegnet werden, wenn der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht auf Dauer gefährdet werden soll.

Das Bildungs- und Beschäftigungssystem sind wieder verstärkt miteinander zu verkoppeln, um der sichtbaren Fehlentwicklung rechtzeitig und wirksam begegnen zu können. Neben notwendigen Entscheidungen bezüglich unseres Schul- und Hochschulsystems (stärkere Leistungsorientierung unter Beachtung sozialer Verantwortungsaspekte, stärkere Berücksichtigung des Eignungsgrundsatzes, Entrümpelung der Bildungspläne und Prüfungsordnungen, Verkürzung der Schul- und Studienzeiten usw.) geht es vor allem darum, die Information über Formen und Möglichkeiten beruflicher Bildung zu erhöhen und die Attraktivität der beruflichen Bildung durch verstärkte Anstrengungen in der Fort-, Aus- und Weiterbildung zu erhöhen.

Neben der Bewältigung dieser aktuellen Probleme gilt es, zukünftigen generellen Anforderungen Rechnung zu tragen. Ohne grundlegende Kenntnisse des wirtschaftlichen Lebens der Arbeits- und Berufswelt kann heute niemand mehr den an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden. Wirtschaft, Arbeit und Technik sind wesentliche Bereiche im privaten, familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Leben eines jeden Menschen. Die Bedeutung dieser Bereiche nimmt angesichts des technischen und sozialen Wandels noch weiter zu und erfordert einen auch auf diesen Gebieten gebildeten, informierten Bürger. Dies setzt eine möglichst frühzeitige Vorbereitung aller Schüler auf die späteren Arbeits- und Lebensbedingungen in allen allgemeinbildenden Schulen voraus.

Somit kann auch die spätere Berufswahl vorbereitet und erleichtert werden. Die bisherige Vermittlung wirtschaftlich – technischen Grundwissens beispielsweise im Rahmen des Sozialkunde-Unterrichts ist absolut unzureichend. Auch die beabsichtigte Einführung eines Faches Arbeitslehre in den Klassen 7 – 10 der allgemeinbildenden Schulen wird wegen des verengten didaktischen Ansatzes den aktuellen Anforderungen nicht gerecht.

Es ist deshalb notwendig, in Anlehnung an die Vorstellungen der CDU-Landtagsfraktion von 1980, an allen allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 7 in dem neuen Unterrichtsfach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ den Schülern frühzeitig eine Berufsorientierung zu geben, sie auf den Eintritt in die Wirtschafts- und Arbeitswelt vorzubereiten und ihnen die Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, mit denen sie den künftigen Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft als mündige und verantwortungsvolle Bürger gerecht werden können. Mit einer auf das Blickfeld der Sozial- und Politikwissenschaften verengten Darstellung wirtschaftlicher Grundlagen und Zusammenhänge ist das angestrebte Ziel nicht zu erreichen. Vielmehr gilt es, ganz breit wirtschaftliche Grundkenntnisse zu vermitteln und die unbestreitbaren Vorzüge unserer Wirtschaftsordnung, der sozialen Marktwirtschaft, zu vermitteln.